

Nicht alles zentral regeln

Kreispolitik setzt auf mehr Kompetenzen für die Gemeinden

NORDFRIESLAND Wie klug Entscheidungen von Bürgermeistern und Gemeindepolitikern sind, muss sicherlich im Einzelfall geprüft werden. Über vermeintlichen Sachverstand vor Ort kann gestritten werden, so wie zuletzt im Kreistag über eine Resolution zur Änderung des Landesentwicklungsplanes.

Als Dringlichkeitsantrag hatte die WG-NF den mehrheitlich verabschiedeten Text vorgelegt, in dem Landesregierung und Landtag aufgefordert werden, „für ein modernes Schleswig-Holstein mit Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz, Vorbeugung von Werteverlust, Lösungskonzepten für den demografischen Wandel und interkommunale Zusammenarbeit einzutreten und mehr Vertrauen in kluge Entscheidungen der Gemeinden vor Ort zu setzen und Beschäftigung einen Vorrang vor zentraler Steuerung und Planung zu geben“.

Hans-Jürgen Fröhlich von der Wählergemeinschaft/Die Unabhängigen (WG-NF) hatte zuvor betont, dass die

Landesregierung mit ihrem geänderten Landesentwicklungsplan (LEP) „mehr Vertrauen in kluge Entscheidungen der Gemeinden vor Ort“ setzen würde. Die Kommunen wüssten die eigenen Entwicklungsbedürfnisse selbst am besten einzuschätzen. Fröhlich: „Angesichts der Haushaltsnot von Land und Kommunen können wir uns eine zentrale bürokratische

.....
*„Mehr Vertrauen in
kluge Entscheidungen
der Gemeinden
vor Ort.“*

Hans-Jürgen Fröhlich
Wählergemeinschaft NF
.....

Steuerung bis in jede Gemeinde hinein und Hindernisse für die Gewerbebetriebe nicht leisten. Die Landesplanung muss sich auf die Lösung der regional und landesweit bedeutsamen Raumordnungsprobleme beschränken.“ Dadurch werde auch das Ehrenamt in den Gemeinden gestärkt.

Der Grünen-Fraktionschef Uwe Schwalm teilt den Opti-

mismus des WG-NF-Politikers in Bezug auf die „klugen Entscheidungen“ keineswegs – er wandte sich deshalb gegen die „freie Fahrt für Bürgermeister“. Schwalm sprach von „persönlichen Ressentiments“, die bei Beschlüssen eine Rolle spielen würden. Er forderte Vorgaben für das Verhältnis zwischen Stadt und Umland.

„Dieser Entwurf ist deutlich besser als der vorherige“, sagte dagegen Klaus Jensen (CDU) und verwies auf den noch gültigen LEP, in dem das Zuwachspotenzial für Dörfer auf acht Prozent begrenzt ist. Jensen: „Die Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raumes werden jetzt mehr betont. Dies entbindet uns alle nicht, im Stadt-Umland-Verhältnis zu guten Ergebnissen zu kommen.“ Dies sieht die SSW-Abgeordnete Susanne Rignanse anders. „Der Neuentwurf hat mit Planung nichts zu tun.“ Sie befürchtet eine „ruinöse Konkurrenz zwischen Stadt und Land“. Carsten F. Sörensen (SPD) plädierte für einen „Mittelweg“. sis